

Niederschrift

über die 1. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **29.11.2016**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Erlass einer 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016
Vorlage: 170/2016**
- 4. Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2017
Vorlage: 175/2016**
- 5. Antrag der Fraktionen FDP und Grüne im Rat der Gemeinde Sande zur Parkraumbewirtschaftung des neuen Parkplatzes am Bahnhof in Sande
Vorlage: 173/2016**
- 6. Gewerbeschau Sande
Vorlage: 169/2016**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Frank David
Ratsherr Peter de Boer in Vertretung für Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Achim Rutz

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Merle Mänz

Zuhörer/in

Ratsherr Hermann Kleemann

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachangestellte Claudia Meyer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Bruns eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

--

3. **Erlass einer 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016**
Vorlage: 170/2016

Die Verwaltung erläuterte die Umstände, die zum Erlass der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016 geführt haben. Die dem Ausschuss vorgelegte Übersicht ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Danach werden im Ergebnishaushalt die Erträge aus der Veranlagung der Gewerbesteuer in Sande das veranschlagte Haushaltssoll für 2016 voraussichtlich nicht erreichen. Bei dem veranschlagten Betrag von 4.468.000,00 € handelt es sich lediglich um eine Prognose auf der Basis des relativ hohen Aufkommens des Jahres 2015, unter Hinzurechnung der Orientierungsdaten. Die Festsetzung der Gewerbesteuer erfolgt allerdings dann immer erst im laufenden Jahr aufgrund von Messbescheiden des Finanzamtes für jeden einzelnen Betrieb. Diese Messbescheide haben dann entweder Vorauszahlungscharakter oder sind als endgültige Festsetzungen ausgestaltet. Das Gewerbesteueraufkommen selbst ist von der Verwaltung insofern nicht beeinflussbar und auch nur schwer vorauszusagen, da es stark von den wirtschaftlichen Ergebnissen der einzelnen Betriebe abhängt. Viele Betriebe und Firmen sind auch für 2014 und 2015 noch nicht endgültig festgesetzt worden, sondern zahlen zunächst auf der Grundlage von Vorauszahlungen. Kassenwirksam wird in diesem Jahr ein Betrag von rd. 3.000.000,00 €, so dass sich an dieser Stelle für das laufende Haushaltsjahr ein Defizit von 1.468.000,00 € abzeichnet.

Die Schlüsselzuweisungen sind nach Änderung des Nds. Finanzausgleichsgesetzes und des vorliegenden Bescheides um 30.000,00 € auf 1.740.200,00 € (vorher 1.710.200,00 €) gestiegen. Dadurch reduziert sich das Gesamtdefizit im Ergebnishaushalt bei den ordentlichen Beträgen auf 1.438.000,00 €. Die Verwaltung ging auf Nachfrage auch auf die grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen der eigenen Steuereinnahmekraft und den Schlüsselzuweisungen ein.

Bei den Auszahlungen für Investitionstätigkeit wird vorgeschlagen, den Ansatz für 2016 bei der Rathaussanierung um 1.200.000,00 € auf 20.000,00 € (für Gutachter- und Planungskosten) zu reduzieren, den damit korrespondierenden Zuschussansatz i.H.v. 600.000 EUR in 2016 zu streichen und den Ansatz für die Wohnmobilstellplätze von 130.500,00 € sowie den dazu gehörenden Einnahmeansatz aus dem Haushaltsplan 2016 heraus zu nehmen und in 2017 neu zu veranschlagen, da der Baubeginn voraussichtlich auch erst in 2017 stattfindet.

Die Kreditaufnahme ist nach den genannten Änderungen in 2016 um 156.600,00 € auf 578.600,00 € (veranschlagt 735.200,00 €) zu reduzieren.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der §§ 58 und 115 NKomVG beschließt der Rat die 2. Nachtragshaushaltssatzung sowie den 2. Nachtragshaushaltsplan 2016

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2017**
Vorlage: 175/2016

Beschlussvorschlag:

Gem. § 4 der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ort Cäciliengroden vom 12.12.1974 wird die Entwässerungsgebühr für die im Bereich der Siedlung Cäciliengroden belegenen Grundstücke für das Haushaltsjahr 2017 auf 0,0303 € je m² Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Antrag der Fraktionen FDP und Grüne im Rat der Gemeinde Sande zur Parkraumbewirtschaftung des neuen Parkplatzes am Bahnhof in Sande**
Vorlage: 173/2016

Im Ausschuss wurde eingehend über den Antrag der Fraktionen FDP und Grüne zur Parkraumbewirtschaftung des neuen Parkplatzes am Bahnhof in Sande beraten.

Die SPD-Fraktion wies eindringlich darauf hin, dass der Parkplatz durchaus als „Geschenk“ des Landes und des Landkreises Friesland an die Gemeinde gesehen werden kann und das Bahnhofsumfeld in Sande dadurch sehr stark aufgewertet wurde. Diese Maßnahme wurde bereits aus Steuermitteln finanziert und von daher sollte auf eine Gebührenerhebung zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet werden. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass eine Gebührenerhebung ja auch weitere Kosten für die Gemeinde mit sich bringen würde, so müssten Parkautomaten angeschafft und Personal zur Überwachung eingestellt werden. Wartungskosten würden ebenfalls anfallen. Es sei daher nicht davon auszugehen, dass die Erhebung von Parkgebühren zu einer Kostendeckung der Bewirtschaftungskosten des Parkplatzes führen würde.

Für die CDU-Fraktion ergab sich allerdings grundsätzlich die Frage, wie die Kosten für die Bewirtschaftung gedeckt werden sollen. Von daher sei der Antrag der FDP und Grüne als sinnvoll anzusehen. Es sollten sich doch ernsthafte Gedanken über eine Gebührenerhebung gemacht werden.

Die Fraktionen FDP und auch Grüne wiesen darauf hin, dass es sich bei den Bewirtschaftungskosten um eine freiwillige Leistung handelt, die die angespannte Haushaltssituation weiter belasten würde. Es bestehe daher eine Pflicht zu überlegen, wie diese erwirtschaftet bzw. wo die Einsparungen für diese Kosten im Haushalt eingespart werden sollen – das entspräche auch den Vorgaben der Kommunalaufsicht.

Die SPD-Fraktion erklärte, die Frage zur Kostendeckung der Bewirtschaftung in die kommenden Haushaltsberatungen mit aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen FDP und Grüne beantragen, zur Parkraumbewirtschaftung des neuen Parkplatzes am Sander Bahnhof die Aufstellung eines Parkscheinautomaten. Für die Parkplatznutzung fallen folgende Gebühren an:

0 - 30 Minuten	frei
30 Minuten - 6 Stunden	1,- €
6 Stunden - 24 Stunden	2,- €
Monatskarte	20,- €
Jahreskarte	150,- €

Wildes Parken außerhalb der Parkplätze wird durch geeignete Halteverbote im Bereich Bahnhofstraße und Weserstraße unterbunden.

Abstimmungsergebnis: 4 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen

**6. Gewerbeschau Sande
Vorlage: 169/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderungsverein Sande die Durchführung einer Gewerbeschau

„Schaufenster Sande 2018“ zu planen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Von einem Ausschussmitglied wurde auf einem kürzlich stattgefundenen Verkehrsunfall mit Beteiligung eines Flüchtlingskindes hingewiesen. Generell stellte sich die Frage, ob die Gemeinde Sande, Sozialamt, für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden kann. Die Verwaltung erklärte dazu, dass nicht die Gemeinde dafür aufkommen müsste, sondern der Flüchtling selber, in dem Fall die Eltern. Die tatsächliche Zahlung des entstandenen Schaden wäre dahingestellt. Es wurde von einem Ausschussmitglied der Hinweis gegeben, dass es bei den Versicherungen sogenannte „Fonds“ für solche Schadenfälle gibt, d. h. das der Schadensbetrag insofern dem Geschädigten zurückerstattet wird.

Schluss der Sitzung: 17:55 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin